



**Stadt Leverkusen**

Antrag Nr. 2021/1133

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-he

**Dezernat/Fachbereich/AZ**

28.10.2021

**Datum**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt</b>	11.11.2021	Beratung	öffentlich
<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen</b>	15.11.2021	Beratung	öffentlich
<b>Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I</b>	22.11.2021	Beratung	öffentlich
<b>Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II</b>	23.11.2021	Beratung	öffentlich
<b>Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III</b>	25.11.2021	Beratung	öffentlich
<b>Rat der Stadt Leverkusen</b>	13.12.2021	Entscheidung	öffentlich

**Betreff:**

Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Autobahn- und Stadtmitteplanungen  
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 15.10.2021

**Anlage/n:**

1133 - Antrag



Leverkusen, den 15.10.2021

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen,  
Herrn Uwe Richrath,  
sowie  
die Bezirksbürgermeister(in) der drei Bezirksvertretungen,  
Frau DiPadova, Herrn Pröpper und Herrn Schönberger,

Büro des Rates

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag im nächsten Sitzungsturnus auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien sowie auf die des Rates und die der drei Bezirke :

Auf dem Hintergrund der aktuellen Informationen der Autobahn GmbH des Bundes - bitte als Anlage diesem Antrag beilegen ! - sowie der neuen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zur Klimagesetzgebung wird die Beschlusslage des Rates zu den Autobahn- und zu den damit verbundenen Stadtmitteplanungen grundlegend überarbeitet.

Hierzu bildet der Rat und die Fachverwaltung zeitnah eine Arbeitsgruppe - in der die Leverkusener Landtags- und Bundestagsabgeordneten geborene Mitglieder sind - die die neue Faktenlage bis etwa zu den Osterferien 2022 in einen alternativen Planungsvorschlag einfließen lässt.

Begründung :

Die nun nochmals aktualisiert vorgelegten Planungen des Bundes/Landes NRW sowie die hier diskutierten Varianten entsprechen nicht mehr der höchstrichterlichen Rechtsprechung und können auch von

der neuen Bundesregierung - in der u.a. die Grünen eine völlige Neuausrichtung des Bundesverkehrswegeplanes, im Sinne einer unabweisbar zur Klimarettung notwendigen neuen Verkehrspolitik anstreben - nicht einmal mehr annähernd - sinnvoll erscheinen.

Deshalb sollte unser Rat nun die Initiative ergreifen, und seine Vorstellungen zur Verkehrsführung der A1,A3,A59 und A542 sowie zur Gestaltung unserer Wohngebiete und unserer Stadtmitte darlegen.

Karl Schweiger     Horst Müller

Günter Schmitz     Rainer Jerabek     Ulrike Langewiesche

i.A.

Erhard T. Schoofs